

21. November 2018

**Postulat**

von Ezgi Akyol (AL)  
und Nadia Huberson (SP)

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie der Verein FIZ Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration zusätzlich mit einem jährlich wiederkehrenden, fallunabhängigen Betriebsbeitrag von CHF 100'000.-- unterstützt werden kann.

**Begründung:**

Der Verein FIZ Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration setzt sich für den Schutz und die Rechte von Migrantinnen ein, die von Gewalt und Ausbeutung betroffen sind. Zu diesem Zweck führt sie die Beratungsstelle für Migrantinnen und die spezialisierte Interventionsstelle Makasi für Opfer von Menschenhandel.

Im 2. Bericht über die Entwicklung des Prostitutionsgewerbes in Zürich (2018/269) konstatieren die in der Fachkommission Prostitutionsgewerbe vertretenen NGOs, dass sie für die kommenden Jahren von einem zunehmenden Bedarf an ihren Angeboten und damit einhergehend höheren Kosten ausgehen. Die NGOs fordern deshalb die Stadt Zürich auf, die dafür dringend benötigten Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Die PGVO hat aus Sicht der NGOs zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für Sexarbeitende geführt. Ausserdem führen auch die sich rasch entwickelnden Möglichkeiten des Internets dazu, dass Sexarbeitende noch mobiler und flexibler sein müssen. Dadurch wird auch der Aufwand, den die NGOs betreiben müssen, um Sexarbeitende zu kontaktieren, zunehmen.

Die Stadt Zürich unterstützt die Beratungsarbeit des Vereins für Sexarbeiterinnen und Betroffene von Frauenhandel schon seit vielen Jahren. Die Unterstützung der Stadt beschränkt sich aber auf die Beratungsarbeit und ist abhängig von den geleisteten Stunden. Ein fallunabhängiger Betriebsbeitrag in der Höhe von CHF 100'000 entspräche 3.7% des Gesamtaufwandes der FIZ. Dies würde eine grosse Entlastung für den Verein bedeuten und wäre eine wichtige Ergänzung zur fallabhängigen Finanzierung, welche mit einem grossen Kostenrisiko für den Verein FIZ verbunden ist. Zusammen mit dem Kanton Zürich würde die Stadt zu gleichen Teilen zur Grundfinanzierung der FIZ beitragen.



Antrag auf gemeinsame Behandlung mit der Weisung 2018/293